

Schriften zum Verfahrensrecht

Schriften zum Verfahrensrecht

Herausgegeben von

Jens Adolphsen, Peter Gottwald und Ulrich Haas

Band 46

Gero von Jhering

Die Wirkung von Schiedsvereinbarungen, Schiedsklauseln und Schiedssprüchen im Gesellschaftsrecht

Eine Zusammenführung von Schiedsverfahrens-
und Gesellschaftsrecht

Die Wirkung von Schiedsvereinbarungen, Schiedsklauseln
und Schiedssprüchen im Gesellschaftsrecht

Schriften zum Verfahrensrecht

Herausgegeben von
Jens Adolphsen, Peter Gottwald und Ulrich Haas

Band 46

Gero von Jhering

Die Wirkung von Schiedsvereinbarungen, Schiedsklauseln und Schiedssprüchen im Gesellschaftsrecht

Eine Zusammenführung von Schiedsverfahrens-
und Gesellschaftsrecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2013

D 18

ISSN 1619-344X

ISBN 978-3-631-62771-6 (Print)

E-ISBN 978-3-653-02769-3 (E-Book)

DOI 10.3726/978-3-653-02769-3

© Peter Lang GmbH

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 2013

Alle Rechte vorbehalten.

PL Academic Research ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles · New York ·
Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.peterlang.de

Meinen Eltern

Beate & Thomas

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zivilprozess- und Allgemeines Prozessrecht der Universität Hamburg. Sie wurde vom Promotionsausschuss der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Hamburg im November 2012 als Dissertation angenommen.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Reinhard Bork – als Doktorvater und als geschäftsführender Direktor des Seminars für Zivilprozess- und Allgemeines Prozessrecht. Die Zeit, die ich für ihn tätig sein durfte, war zum einen lehrreich und anspruchsvoll, zum anderen eine erfrischende und Vergnügen bereitende Zeit, die ich nicht missen möchte. Ich habe in dieser Zeit viel gelernt, wovon ich noch lange schöpfen werde. Herzlichen Dank!

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Robert Koch LL.M. (McGill) für die rasche Erstellung des Zeitgutachtens und gemeinsam mit den beiden Vorgenannten bei Herrn Professor Dr. Heribert Hirte LL.M. (Berkeley) für eine angenehme Disputation. Mein Dank gilt zudem Herrn Professor Dr. Jens Adolphsen, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Peter Gottwald sowie Herrn Professor Dr. Ulrich Haas für die Aufnahme in die Reihe ‚Schriften zum Verfahrensrecht‘. Die Arbeit wird in der im Promotionsverfahren eingereichten Fassung (Oktober 2012) veröffentlicht; vereinzelt konnte anschließende Rechtsprechung und Literatur noch berücksichtigt werden.

Ein herzlicher Dank gebührt zudem Herrn Dr. Christian Müller für zahlreiche (und leidvolle) Stunden des Korrekturlesens. Ebenfalls herzlich bedanken möchte ich mich bei meinen Arbeitskollegen des Seminars, allen voran Frau Serena Köppen, die mir als Zimmerkollegin stets mit Rat und Tat zur Seite stand. Bedanken möchte ich mich zudem bei Herrn Béla Knof und Dr. Sebastian Mock, die mich gerade in der Startphase und den ersten Schritten der Dissertation unterstützt haben.

Mein ganz besonderer Dank gilt meiner Frau, Janina von Jhering, mit der ich stets eine aufmunternde, zuhörende, versorgende und verständnisvolle Begleiterin hatte. Herzlichen Dank!

Meinen Eltern Beate und Thomas ist diese Arbeit gewidmet. Nicht allein, weil sie dieses Dissertationsvorhaben unterstützten, sondern, weil sie mir viele Wege bereitet haben, die weit mehr als diese Dissertation ermöglicht haben. Herzlichen Dank!

“Like consummated romance, arbitration rests on consent.”

„Ein US-amerikanischer Richter“,

zitiert nach: Park, William W., Non-signatories and International Arbitration: An Arbitrator’s Dilemma, in: Multiple party actions in international arbitration, S. 3.

Inhaltsübersicht

Einleitung.....	1
§ 1 Übersicht.....	1
§ 2 Untersuchungsgegenstand und Gang der Untersuchung.....	2
§ 3 Eckpunkte der Wirkungserstreckung.....	4
Erster Hauptteil: Wirkungserstreckung von Schiedsvereinbarungen von Personen- und Kapitalgesellschaften	
§ 4 Übersicht.....	15
§ 5 Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung auf Personengesellschafter.....	16
§ 6 Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung auf GmbH- Gesellschafter und Aktionäre.....	50
§ 7 Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung auf Organwalter von Kapitalgesellschaften.....	70
Zweiter Hauptteil: Wirkungserstreckung bei statutarischen Schiedsklauseln.....	
§ 8 Übersicht.....	81
§ 9 Rechtsformübergreifende Vorfrage und Begrifflichkeiten	82
§ 10 Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf GmbH-Gesellschafter.....	96
§ 11 Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf Aktionäre.....	157
§ 12 Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf Organwalter von Kapitalgesellschaften	171
§ 13 Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf Gesellschafter von Personengesellschaften	193
Exkurs: Wirkungserstreckung in der Insolvenz.....	
§ 14 Wirkungserstreckung von Schiedsvereinbarungen und Schiedsklauseln auf Insolvenzverwalter	205
Schlussbetrachtung	
§ 15 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	211
Literaturverzeichnis	219

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
§ 1 Übersicht.....	1
§ 2 Untersuchungsgegenstand und Gang der Untersuchung.....	2
§ 3 Eckpunkte der Wirkungserstreckung.....	4
A. Übersicht.....	4
B. Credo der Gleichwertigkeit staatlichen und schiedsgerichtlichen Rechtsschutzes.....	5
I. Erweiterte Schiedsfähigkeit als Ausprägung des Credos.....	5
II. Erleichterung des Abschlusses der Schiedsvereinbarung als Indiz für die Gleichwertigkeit.....	6
III. Ausblick auf die folgende Untersuchung.....	7
1. Credo der Gleichwertigkeit als Prämisse des ersten Hauptteils.....	7
2. Mögliche Gleichwertigkeit als These des zweiten Hauptteils.....	7
C. Wirkungserstreckung und Verfassungsrecht.....	8
I. Privatautonomie als Grundlage der Schiedsgerichtsbarkeit.....	8
II. Kein abschließender Verzicht auf staatlichen Rechtsschutz.....	9
III. Recht auf den gesetzlichen Richter und auf staatliche Justizgewährung.....	10
IV. Rechtliches Gehör als Prozessgrundrecht.....	11
V. Grundsatz der Waffengleichheit.....	11
D. Grundlagen der Mehrparteischiedsgerichtsbarkeit.....	12
I. Schiedsrichterliches Verfahrensermessen und Parteivorgaben.....	12
II. Streitgenossenschaft im Schiedsverfahren.....	12
III. Nebenintervention im Schiedsverfahren.....	13
Erster Hauptteil: Wirkungserstreckung von Schiedsvereinbarungen von Personen- und Kapitalgesellschaften.....	15
§ 4 Übersicht.....	15
§ 5 Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung auf Personengesellschafter.....	16

A. Übersicht	16
B. Wirkungserstreckung auf Grundlage des § 128 HGB	17
I. Arbeitsthese zur Wirkungserstreckung kraft § 128 HGB.....	18
II. Grundlagen der Haftung nach § 128 HGB	19
III. Schiedsvereinbarung als Modalität des Anspruchs	19
1. Fallvergleich zur Modalität des Anspruchs	20
a) Wirkungserweiterung einer Schiedsvereinbarung im Fall der Forderungsabtretung	20
aa) § 401 BGB als Grundlage der Wirkungs- erweiterung.....	21
bb) § 404 BGB als Grundlage der Wirkungs- erweiterung.....	21
cc) Rechtsgedanke der §§ 398 S. 2, 401, 404 BGB als Grundlage der Wirkungserweiterung	22
dd) Notwendigkeit der Zustimmung des Zessionars zur Wirkungserweiterung	23
ee) Zwischenergebnis zur Wirkungserweiterung im Fall der Abtretung	24
b) Vergleichbarkeit mit dem Fall der Gesellschafter- haftung aus § 128 HGB.....	24
aa) Gemeinsame Vergleichsbasis für Parallel- betrachtung.....	25
bb) Rechtfertigung einer Parallelbetrachtung	25
cc) Prozessualer Seitenblick auf Gerichtsstands- vereinbarungen.....	26
2. Zwischenergebnis des Fallvergleichs	27
IV. § 128 HGB als Grundlage der Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung der Gesellschaft.....	27
1. Rechtsgrundsatz der Akzessorietät im Allgemeinen.....	28
2. Rechtsgrundsatz der Akzessorietät als Grundlage der Wirkungserstreckung.....	28
3. Identität von Gesellschafts- und Gesellschafterverbindlichkeit mit Blick auf die Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung.....	30
a) Grundlage: Erfüllungs- und Haftungstheorie	30
b) Wirkungserstreckung im Lichte der Erfüllungstheorie	32
aa) Grenzen der Erfüllungshaftung	32
bb) Interessensabwägung zulasten der Wirkungs- erstreckung?	32

cc)	Seitenblick auf andere prozessuale Haftungs-	
	konstellationen	33
4.	Keine prozessual wirkende Haftungsbeschränkung.....	34
5.	Zwischenergebnis	35
V.	Wirkungserstreckung im Lichte der modernen Gesamt-	
	handslehre.....	35
VI.	Resümee	37
C.	Wirkungserstreckung als Folge der Auslegung der Schiedsverein-	
	barung.....	38
I.	Prolog: die lediglich prozessuale Wirkung der Schiedsverein-	
	barung.....	38
1.	These der Gleichstufigkeit von Schiedsvereinbarung und	
	Hauptvertrag	38
a)	Schiedsvereinbarung als nicht hauptvertragsautonome	
	Vereinbarung.....	39
b)	Abhängigkeit der Schiedsvereinbarung vom Haupt-	
	vertrag am Beispiel des § 139 BGB	40
c)	Prozessualer Seitenblick ins Insolvenzrecht.....	40
d)	Schiedsvereinbarung als Prozessvertrag	41
2.	Wirkungserstreckung im Lichte der Relativität der Rechts-	
	geschäftswirkungen	41
II.	Parallele Kritik an den Doppelverpflichtungstheorien	42
III.	Wirkungserstreckung auf Grundlage einer „verfahrens-	
	rechtlichen Doppelverpflichtungstheorie“	43
1.	Auslegung der Schiedsvereinbarung.....	43
2.	Einzelne Voraussetzungen der Doppelverpflichtung.....	44
a)	Handeln in fremdem Namen	44
b)	Handeln mit Vertretungsmacht	45
c)	Formerfordernis des § 1031 ZPO	47
aa)	Form der Bevollmächtigung.....	47
bb)	Auslegungsergebnis und Form des § 1031 ZPO	48
IV.	Resümee	48
D.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.....	49
I.	Zusammenfassung	49
II.	Schlussfolgerungen für den Kommanditisten.....	49
§ 6	Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung auf GmbH-Gesell-	
	schafter und Aktionäre.....	50
A.	Übersicht	50
B.	Trennungsgrundsatz und Wirkungserstreckung	50

C. Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung als Folge des Durchgriffs	51
I. Grundlagen des Durchgriffs	52
II. Schiedsdurchgriff als Folge des (materiellen) Haftungsdurchgriffs	53
1. Wirkungserstreckung und Durchgriffshaftung als Innenhaftung	53
2. Existenzvernichtungshaftung als Beispiel der Innenhaftung ...	54
3. Wirkungserstreckung und Durchgriffshaftung als Außenhaftung	54
4. Vermögensvermischung als Beispiel der Außenhaftung	56
a) Voraussetzungen und Rechtsfolge	56
b) Wirkungserstreckung im Fall der Vermögensvermischung	57
5. Zwischenergebnis	58
III. Schiedsdurchgriff unabhängig von einer (materiellen) Haftung ...	58
1. Schiedsdurchgriff als eigene prozessuale Fallgruppe des Durchgriffs.....	58
a) Holewegs Schiedsdurchgriff bei Strohmangesellschaften.....	58
b) Haftungsdurchgriff bei materieller Unterkapitalisierung ...	59
c) Keine Wirkungserstreckung auf Grundlage einer Haftung wegen Unterkapitalisierung	61
aa) Haftung wegen Unterkapitalisierung als gesellschaftsrechtlich begründete Innenhaftung.....	61
bb) Haftung wegen Unterkapitalisierung auf Grundlage des § 826 BGB.....	62
d) Ergebnis zu Strohmangesellschaft und Unterkapitalisierungshaftung	63
2. Schiedsdurchgriff als Zurechnungsdurchgriff	63
a) Grundlagen der Zurechnung	63
b) Zurechnungsdurchgriff auf einen Gesellschafter	64
c) Zurechnung des Abschlusses der Schiedsvereinbarung	64
3. Zwischenergebnis zur Wirkungserstreckung losgelöst von einer (materiellen) Haftung.....	64
IV. Exkurs: Wirkungserstreckung bei vertraglicher Mithaftung des Gesellschafters	65
V. Noch einmal: Gleichstufigkeit von Schiedsvereinbarung und Hauptvertrag.....	65
VI. Schlussfolgerungen für die AG	66

1. Haftung wegen Vermögensvermischung.....	66
2. Existenzvernichtender Eingriff.....	67
3. Haftung des Aktionärs im Übrigen.....	67
VII. Resümee.....	68
D. Wirkungserstreckung im Rahmen von Vorbelastungs- und Unterbilanzhaftung.....	68
I. Gründerhaftung als Innenhaftung.....	68
II. Gründerhaftung im Sonderfall der Außenhaftung.....	69
III. Haftung in der unechten Vorgesellschaft.....	69
E. Zusammenfassung.....	70
§ 7 Wirkungserstreckung einer Schiedsvereinbarung auf Organwalter von Kapitalgesellschaften.....	70
A. Übersicht.....	70
B. Wirkungserstreckung kraft Organhaftung.....	71
I. Organhaftung gegenüber Gesellschaftsgläubigern als Grund- lage der Wirkungserstreckung?.....	71
1. Außenhaftung der Organwalter.....	71
2. Innenhaftung der Organwalter.....	71
3. Verfolgungsrecht der Gesellschaftsgläubiger (§ 93 Abs. 5 AktG).....	72
II. Handelndenhaftung in der Vorgesellschaft.....	72
1. Grundlagen der Handelndenhaftung gemäß § 11 Abs. 2 GmbHG.....	72
2. Wirkungserstreckung kraft § 11 Abs. 2 GmbHG.....	73
3. Schlussfolgerungen für die Handelndenhaftung gemäß § 41 AktG.....	73
III. Exkurs: Wirkungserstreckung und Rechtsscheinhaftung des Geschäftsleiters.....	74
1. Rechtsschein der persönlichen Haftung.....	74
2. Rechtsscheinhaftung wegen Fortlassen der Haftungs- begrenzung.....	74
a) Wirkungserstreckung auf den falsus procurator.....	74
b) Wirkungserstreckung kraft Rechtsscheinhaftung.....	75
C. Wirkungserstreckung kraft Organstellung.....	76
I. Entscheidung des OLG München vom 13.02.1997.....	76
II. Meinungsbild in der Literatur.....	77
III. Stellungnahme.....	78
D. Schlussfolgerungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats.....	78
E. Zusammenfassung.....	79

Zweiter Hauptteil: Wirkungserstreckung bei statutarischen Schiedsklauseln.....	81
§ 8 Übersicht.....	81
§ 9 Rechtsformübergreifende Vorfrage und Begrifflichkeiten	82
A. Übersicht	82
B. Schiedsklauseln als Vereinbarungen oder Anordnungen	82
I. Schiedsklauseln in Satzungen von Kapitalgesellschaften	82
1. Meinungsstand.....	82
2. Verweis des Regierungsentwurfs des SchiedsVfG auf das EuGH-Urteil vom 10.03.1992	84
3. Stellungnahme	84
4. Keine Anordnung i.S.v. § 1066 ZPO bei Nebenabreden	86
5. Zwischenergebnis	86
II. Schiedsklauseln in Gesellschaftsverträgen von Personen- gesellschaften	87
1. Meinungsstand.....	87
2. Stellungnahme	88
a) Dogmatik des Gesellschaftsvertrags und der Gesell- schafterstellung	88
aa) Rechtsverständnis des Gesellschaftsvertrags	88
bb) Übertragung der Gesellschafterstellung	89
b) Schlussfolgerungen für die Anwendung des § 1066 ZPO ...	90
c) Blick auf das Prozessrecht der gesellschaftsinternen Streitigkeiten	91
3. Zwischenergebnis	92
III. Rechtsfolge: Keine Anwendung der Formerfordernisse gemäß § 1031 ZPO	92
IV. Zwischenergebnis zu § 1066 ZPO.....	93
C. Legitimation des Verlusts staatlichen Rechtsschutzes durch die gemeinsame Zweckverfolgung.....	94
D. Dogmatische Verortung der einzelnen Problemkreise	94
I. Begrifflichkeit: die objektive Schiedsfähigkeit	95
II. Anordnungscompetenz der Gesellschafter	95
III. Legitimation der Wirkungserstreckung	95
§ 10 Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf GmbH-Gesellschafter.....	96
A. Übersicht	96
B. Anordnungscompetenz der Gesellschafter für eine schiedsgerichtliche Entscheidungszuständigkeit.....	97
I. Objektive Reichweite statutarischer Schiedsklauseln.....	97
1. Regelungsgegenstand von Satzungsklauseln	97

2.	Gesellschaftsrechtliche Streitfälle im Allgemeinen	97
a)	Rechtsverhältnisse zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	97
aa)	Kapitalaufbringungs- und -erhaltungsvorschriften.....	98
bb)	Auskunftsansprüche	99
	(1) Vorfrage: Auskunftsansprüche als Gegen- stand der freiwilligen Gerichtsbarkeit	99
	(2) Auskunftsansprüche und Schiedsklauseln	100
cc)	Auflösungsklage.....	100
dd)	Ausschließungsklage.....	100
b)	Rechtsverhältnisse zwischen Gesellschaftern	101
aa)	Feststellungsklage bei Streitigkeiten um die Mitgliedschaft	102
bb)	Exkurs: Regress unter Gesellschaftern.....	103
3.	Beschlussmängelstreitigkeiten als Problem der objektiven Schiedsfähigkeit?.....	104
II.	Anordnung schiedsgerichtlicher Entscheidungskompetenz durch die Gesellschafter	105
1.	Schiedsklauseln in der Gründungssatzung der Gesellschaft..	105
a)	Ausgangslage	105
b)	Verweisung auf satzungsexterne Schiedsverfahrensordnungen	106
aa)	Dynamische Verweisungen auf quasi-amtliche Regelungen.....	106
bb)	Reichweite des Beurkundungserfordernisses	107
c)	Zwischenergebnis zur Gründungssatzung.....	108
2.	Klauseln für Beschlussmängelstreitigkeiten in der Gründungssatzung	109
a)	Beschlussmängelstreitigkeiten als Gestaltungsproblem...	109
b)	§ 138 BGB als Grenze der Gestaltungsfreiheit	109
aa)	Dogmatische Verortung	109
bb)	Beurteilungszeitpunkt.....	110
c)	Arbeitsthese auf Grundlage von Schiedsfähigkeit II.....	111
aa)	Gestaltungsvorgaben aus Schiedsfähigkeit II.....	111
bb)	Arbeitsthese.....	112
cc)	Zur Erinnerung: die These vom eingeschränkten Gleichwertigkeitscredo.....	113
d)	Sicherung der Zuständigkeitskonzentration	113
aa)	Vorfrage: Verfahrenskonzentration durch § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO?.....	113

(1) Parteiidentität als subjektive Voraussetzung des § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO.....	114
(2) Identität der Streitgegenstände als objektive Voraussetzung des § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	114
(3) Keine Rechtshängigkeitssperre für staatliche Parallelverfahren.....	115
(4) Rechtshängigkeitssperre für parallele Schiedsverfahren	116
(5) Zwischenergebnis	117
bb) Sperrwirkung kraft schiedsrechtlicher Treuepflicht	117
cc) Ausgestaltung einer Regelung zur Verfahrenskonzentration.....	118
dd) Folge einer privatautonom angeordneten Verfahrenskonzentration	118
ee) Zwischenergebnis zur Zuständigkeitskonzentration.....	120
e) Information der Gesellschafter über die Einleitung des Schiedsverfahrens	120
f) Konstituierung des Schiedsgerichts	121
aa) Übersicht: Möglichkeiten der Konstituierung	121
bb) Schiedsrichterbestellung durch Dritten	121
cc) Konstituierung des Schiedsgerichts durch die Verfahrensbeteiligten	121
(1) Verfahrensbeteiligung als Voraussetzung der Mitkonstituierung	121
(2) Fristen zur Verfahrensbeteiligung und zur Mitkonstituierung	122
(3) Schiedsrichterwahl innerhalb der Verfahrensgruppierungen.....	123
(i) Recht auf einen eigenen Parteischiedsrichter.....	124
(ii) Stimmgewicht von Gesellschaft und Gesellschaftern	126
(iii) Mehrheitserfordernis bei der Parteischiedsrichterwahl	127
(iv) Zwischenergebnis	129
(4) Mischform der Parteibestellung.....	130
g) Zwischenergebnis zur Schiedsklausel für Beschlussmängelstreitigkeiten.....	130

3.	Nachträgliche Einführung und Änderung der Schiedsklausel.....	130
a)	Neueinführung einer Schiedsklausel.....	131
aa)	Mehrheitserfordernis für Satzungsänderung	131
bb)	Heilung fehlender Zustimmung durch Eintragung in das Handelsregister	133
	(1) Unterscheidung nach Art des Beschluss- mangels.....	133
	(2) Sinn und Zweck der Heilung nach § 242 Abs. 2 AktG.....	134
	(3) Keine Heilung der fehlenden Zustimmung einzelner Gesellschafter zur Schiedsklausel.....	134
cc)	Zwischenergebnis zur nachträglichen Einführung einer Schiedsklausel	135
b)	Abänderung bestehender Schiedsklauseln	135
c)	Nachbesserung von Schiedsklauseln (für Beschluss- mängelstreitigkeiten).....	136
aa)	Mehrheitserfordernis für Nachbesserung	136
bb)	Verpflichtung der Gesellschafter zur Nach- besserung.....	137
d)	Zwischenergebnis für Satzungsänderungen	138
4.	Einführung von Schiedsklauseln durch Verschmelzung.....	138
a)	Schiedsklausel allein in der Satzung der über- nehmenden Gesellschaft.....	138
aa)	Erforderliche Mehrheit der übertragenden Gesellschafter	139
bb)	Wirkung der Eintragung nach § 20 Abs. 2 UmwG ..	140
b)	Schiedsklausel in der Satzung der übertragenden Gesellschaft.....	141
III.	Zwischenergebnis zur Anordnungs-kompetenz.....	141
C.	Legitimation der Wirkungserstreckung einer Schiedsklausel	142
I.	Wirkungserstreckung auf die Prozessparteien.....	142
1.	Keine Veränderungen im Gesellschafterbestand	143
2.	Aufnahme oder Beitritt eines neuen Gesellschafters	143
a)	Übertragung der Gesellschafterstellung	143
b)	Bindung des ausscheidenden Gesellschafters	144
c)	Neueintritt eines Gesellschafters	144
3.	Zwischenergebnis	145
II.	Gestaltungswirkung eines Schiedsspruchs	145
1.	Gestaltungswirkungen im Gesellschaftsrecht	145

a)	Gestaltungswirkung im Fall der Anfechtungsklage – Grundlegung.....	146
b)	Gestaltungswirkungen in anderen gesellschafts- rechtlichen Fällen	147
2.	„Rechtskräftiger Schiedsspruch“ erst nach Vollstreck- barerklärung?	147
a)	Meinungsspektrum.....	148
b)	Stellungnahme.....	149
aa)	Lösungsmöglichkeit im Prozessrecht	149
bb)	Lösungsmöglichkeit auf Grundlage der §§ 241, 248 AktG.....	150
(1)	Rechtssicherheit als maßgebliches Kriterium....	150
(2)	Eintritt der Unanfechtbarkeit bei Schieds- sprüchen.....	151
(3)	Einreichen des Schiedsspruchs zum Handels- register	152
(4)	Keine Möglichkeit der Aufhebung des Schiedsspruchs durch die Parteien.....	153
cc)	Ergebnis	154
dd)	Epilog: Begrenzte Reichweite des § 1055 ZPO und gestaltend wirkende Schiedssprüche	154
III.	Zwischenergebnis zur Legitimation der Wirkungserstreckung...	155
D.	Zusammenfassung.....	156
1.	Übersicht.....	156
2.	Zur These vom eingeschränkten Gleichwertigkeitscredo	156
§ 11	Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf Aktionäre.....	157
A.	Übersicht	157
B.	Schiedsklauseln in Fällen ohne aktienrechtliche Gerichtsstands- anordnung.....	157
I.	Anordnungscompetenz der Aktionäre für eine schieds- gerichtliche Entscheidungskompetenz	157
II.	Legitimation der Wirkungserstreckung einer Schiedsklausel	158
1.	Keine Veränderung auf Aktionärebene	158
2.	Schiedsbindung neuer Aktionäre (mit Blick auf § 1031 Abs. 5 ZPO).....	158
a)	Aktie als Gesellschaftsanteil und Wertpapier	159
b)	Freie Übertragbarkeit der Aktie und Schutz des eintretenden Aktionärs	159
III.	Zwischenergebnis.....	160

C. Schiedsklauseln in Fällen mit aktienrechtlicher Gerichtsstandsanordnung.....	160
I. Satzungsstrenge als Hindernis der Anordnungskompetenz.....	161
1. Grundlagen: Aktienrechtliche Satzungsstrenge	162
2. Schiedsklauseln als ergänzende Bestimmung.....	162
3. § 246 Abs. 3 S. 1 AktG als abschließende Regelung?	163
a) Aktienrechtliches Rechtsschutzkonzept als Ausgangspunkt der Erörterung	163
b) Arbeitsthese.....	164
c) Einheitliche Betrachtung verschiedener Aktiengesellschaftstypen	164
d) Gleichwertigkeitskautele aus Schiedsfähigkeit II in der AG.....	165
aa) Schiedsbindung aller Aktionäre	166
bb) Pflicht zur Information der Aktionäre über die Einleitung des Schiedsverfahrens.....	167
cc) Konstituierung des Schiedsgerichts.....	167
dd) Sicherung der Zuständigkeitskonzentration	168
4. Zwischenergebnis: Zulässigkeit einer Schiedsklausel und § 23 Abs. 5 AktG.....	168
II. Schiedsgerichtsbarkeit als realistische Alternative zur staatlichen Gerichtsbarkeit?.....	169
1. Familien-AG / kleine AG	169
2. Große AG / Publikumsgesellschaft.....	169
a) Outsourcing von Schiedsverfahren über Beschlussmängel.....	169
b) Zukünftige Rechtsentwicklung	170
D. Zusammenfassung.....	170
§ 12 Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf Organwalter von Kapitalgesellschaften	171
A. Übersicht	171
B. Wirkungserstreckung auf Geschäftsführer	171
I. Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln.....	171
1. Anordnungskompetenz der Gesellschafter für eine schiedsgerichtliche Entscheidungszuständigkeit	172
a) Statutarische Streitigkeiten.....	172
aa) Haftung kraft Organstellung.....	172
bb) Streit um die Abberufung des Geschäftsführers.....	172
b) Objektive Schiedsfähigkeit	173
aa) Schiedsfähigkeit und Vergleichsverbote	173

bb)	Schiedsfähigkeit und § 101 Abs. 3 ArbGG	173
c)	Zustimmungserfordernis der Gesellschafter zur Schiedsklausel	174
2.	Legitimation der Wirkungserstreckung einer Schieds- klausel	174
a)	Wirkungserstreckung kraft Haftungs- und Anspruchs- modifizierung	175
b)	Wirkungserstreckung kraft Treuepflicht und in Parallele zum Wettbewerbsverbot	176
c)	Wirkungserstreckung kraft Verbandsrecht / verbands- rechtlicher Zustimmung	177
aa)	Geschäftsführender Gesellschafter	178
bb)	Fremdgeschäftsführer	178
(1)	Bestehen einer Schiedsklausel bei Bestellung des Geschäftsführers	179
(2)	Neueinführung einer Schiedsklausel nach Berufung des Geschäftsführers	180
3.	Ergebnis	181
II.	Exkurs: Wirkungserstreckung von Schiedsvereinbarungen	181
1.	Abschluss der Schiedsvereinbarung i.S.v. § 1029 ZPO	181
2.	Formerfordernis des § 1031 Abs. 5 ZPO	182
a)	Fremdgeschäftsführer	182
b)	Gesellschafter-Geschäftsführer	182
III.	Zwischenergebnis zur Wirkungserstreckung auf Geschäfts- föhrer	184
C.	Wirkungserstreckung auf Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	185
I.	Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln	185
1.	Anordnungs-kompetenz der Aktionäre für eine schieds- gerichtliche Entscheidungszuständigkeit	185
a)	Schiedsfähige statutarische Streitigkeiten	185
aa)	Streitigkeiten über die Entlastung von Organ- mitgliedern	186
bb)	Streitigkeiten um Ersatzansprüche	186
cc)	Streitigkeiten über den Widerruf der Bestellung	187
b)	Gebot der Satzungsstrenge als Schiedshindernis?	187
c)	Erfordernis der Zustimmung zur Aufnahme der Schiedsklausel	188
2.	Legitimation der Wirkungserstreckung einer Schieds- klausel	188

a)	Wirkungserstreckung allein mit Zustimmung des betroffenen Organmitglieds	188
b)	Exkurs: Wirkung auf den besonderen Vertreter i.S.v § 147 Abs. 2 AktG	189
c)	Sonderfall: Ersatzbestellung von Organpersonen (§§ 85, 104 AktG)	189
3.	Ergebnis	190
II.	Exkurs: Schiedsvereinbarungen mit Organmitgliedern	190
1.	Vertretung der Gesellschaft	190
2.	Verbrauchereigenschaft von Organmitgliedern	191
a)	Mitglied des Vorstands	191
b)	Mitglied des Aufsichtsrats.....	192
III.	Zwischenergebnis.....	192
D.	Zusammenfassung.....	193
§ 13	Wirkungserstreckung von Schiedsklauseln auf Gesellschafter von Personengesellschaften	193
A.	Übersicht.....	193
B.	Anordnungscompetenz der Gesellschafter.....	194
I.	Objektive Reichweite von Schiedsklauseln in Gesellschaftsverträgen.....	194
II.	Anordnung schiedsgerichtlicher Entscheidungskompetenz durch die Gesellschafter	194
1.	Gesellschaftsgründung.....	194
2.	Nachträgliche Anordnung.....	195
3.	Sonderfälle der Anordnungscompetenz.....	195
a)	GmbH & Co. KG	196
b)	Publikumpersonengesellschaft	196
aa)	Inhaltskontrolle von Schiedsklauseln	196
bb)	Stellungnahme.....	197
(1)	Anwendung der aktienrechtlichen Vorschriften	197
(2)	Inhaltskontrolle der Schiedsklausel.....	198
(i)	Unparteilichkeit des Schiedsgerichts	199
(ii)	Verfahrensort und Verfahrenssprache	200
(iii)	Zwischenergebnis	200
4.	Zwischenergebnis zur Anordnungscompetenz	200
C.	Legitimation der Wirkungserstreckung.....	201
I.	Wirkungserstreckung bei wechselndem Gesellschafterbestand ..	201
II.	Wirkungserstreckung bei Streitigkeiten über die Nachfolge verstorbener Gesellschafter	202

1. Eintrittsklausel	202
a) Legitimation der Wirkungserstreckung.....	202
b) Streit über die Eintrittsklausel als Gegenstand der Schiedsklausel.....	203
2. Nachfolgeklausel	203
D. Zusammenfassung.....	204
Exkurs: Wirkungserstreckung in der Insolvenz.....	205
§ 14 Wirkungserstreckung von Schiedsvereinbarungen und Schieds- klauseln auf Insolvenzverwalter.....	205
A. Übersicht.....	205
B. Bindung des Insolvenzverwalters an Schiedsvereinbarungen des Schuldners.....	205
C. Wirkungserstreckung bei der Geltendmachung von Ersatz- und Haftungsansprüchen.....	206
I. Ansprüche der Gesellschaftsgläubiger und vorinsolvenzliche Schiedsvereinbarungen.....	207
1. Wirkungserstreckung und § 93 InsO	207
2. Exkurs: Gerichtsstandsvereinbarung und Insolvenz- verwalter	208
II. Ansprüche der Gesellschaft und Schiedsklauseln	208
1. Anspruch aus § 64 S. 1 GmbHG.....	209
a) Ablehnende Haltung von Haas/Hoßfeld zur Wirkungs- erstreckung einer Schiedsklausel	209
b) Stellungnahme.....	209
2. Anspruch aus § 43 GmbHG.....	210
D. Zusammenfassung.....	210
Schlussbetrachtung	211
§ 15 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	211
A. Credo von der Gleichwertigkeit des Rechtsschutzes durch Schieds- gerichte und durch staatliche Gerichte	211
B. Schiedsvereinbarung als Modalität des zugrunde liegenden Anspruchs.....	212
C. Schiedsvereinbarung und Gesellschafterhaftung.....	212
D. Schiedsklauseln als Anordnungen i.S.v. § 1066 ZPO	213
E. Schiedsklauseln als schiedsverfahrensrechtlicher Teil der Zweck- verfolgung	213
F. Zur Anordnung ‚in gesetzlich statthafter Weise‘	214
G. Zustimmungserfordernis der Gesellschafter zu Schiedsklauseln.....	214